

Begehrter Pass: Pro Tag werden 10 Deutsche zu Schweizern

Viermal mehr eingebürgerte Deutsche als noch 2007

Die Neu-Schweizer wollen politisch mitbestimmen: Deutsche Doppelbürger erobern Spitzenpositionen in der Schweizer Politik.

VON KATIA MURMANN

Barbara Stiemerling mag die Schweiz: Deshalb möchte sich die gebürtige Deutsche, die seit über elf Jahren in Nidwalden wohnt, einbürgern lassen, im ordentlichen Verfahren. «Schon seit meinem Hotelfachstudium an der Ecole Hôtelière de Lausanne vor dreissig Jahren wollte ich Schweizerin werden», sagt Stiemerling, die den Swiss German Club in der Zentralschweiz leitet. «Heute ist der Schweizer Pass für mich die vollendete Identifikation mit diesem Land und seinen Leuten.» Im kommenden April, wenn Barbara Stiemerling zwölf Jahre lang ständig in der Schweiz gewohnt hat, wird sie ihr Gesuch stellen.

DIE IDEE, sich einbürgern zu lassen, kam Barbara Stiemerling, als sie erfuhr, dass Deutsche seit August 2007 den Schweizer Pass bekommen können, ohne den deutschen abgeben zu müssen. Seitdem stürmen die Deutschen die eidgenössischen Amtsstuben: Die Zahl der Einbürgerungen hat sich seit 2007 fast vervierfacht. Erhielten 2007 noch 1290 Deutsche das Schweizer Bürgerrecht, waren es 2009 bereits 3969 – 10 pro Tag! Und die Begeisterung für den Schweizer Pass ist ungebrochen: In den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden bereits 952 Deutsche zu stolzen Schweizern – 16 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die neuen Schweizer wollen zunehmend auch die Politik ihrer Wahlheimat mitgestalten. In allen grossen Parteien engagieren sich Doppelbürger an der Basis und im Wahlkampf. Zunehmend besetzen sie auch Spitzenpositionen in den Parteien. So ist die Präsidentin der FDP International, Annette Schömmel, gebürtige Deutsche. Auch die Vizepräsidentin der Grünen, Aline Trede, ist Doppelbürgerin.

«**DIE NATIONALITÄT** ist bei den Grünen kein Thema», sagt Miriam Behrens, Co-Generalsekretärin der Grünen und Deutsche – ohne Schweizer Pass. «Die Deutschen bringen manchmal frischen Wind in die Schweizer Politik, weil sie viele Sachen recht falsch angehen», sagt Behrens. Sie kann sich vorstellen, dass es im National- und sogar Bundesrat irgendwann Männer und Frauen mit deutschen Wurzeln hat.

Einzig in der SVP steht man den Deutschen mit gemischten Gefühlen gegenüber. Zwar sei es in Ordnung, wenn sie sich in der Parteibasis engagierten, findet Silvia Bär, die stellvertretende Generalsekretärin. Für Ämter in der Politik seien die Deutschen aber nur bedingt einsetzbar. Bär: «Es kommt einfach in der Schweizer Kultur nicht gut an, wenn jemand hochdeutsch spricht.»

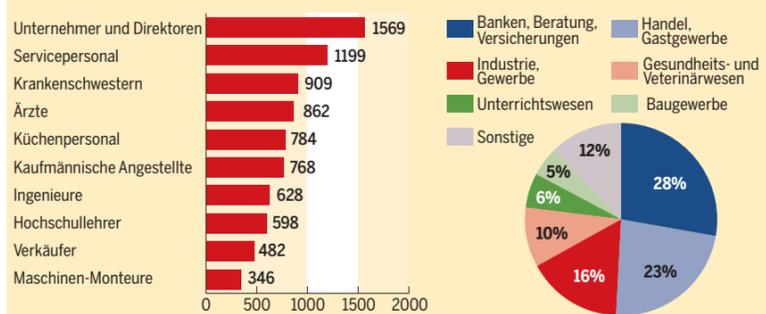
Beim Bundesamt für Migration (BfM) rechnet man damit, dass die deutsche Nachfrage nach dem Schweizer Pass hoch bleibt: «Wir gehen davon aus, dass die Zahl der Einbürgerungen in den nächsten Jahren tendenziell auf diesem Niveau bleibt», sagt BfM-Sprecher Jonas Montani. In Zahlen heisst das: In den nächsten fünf Jahren erhalten 20 000 Deutsche das Schweizer Bürgerrecht.



Barbara Stiemerling vor dem Winkelried-Denkmal in Stans.

WO DIE DEUTSCHEN IN DER SCHWEIZ ARBEITEN

Die Liste der zehn beliebtesten Berufe – und in welchen Bereichen die Deutschen ihre Jobs haben*



*Erfasst wurden die Deutschen, die 2009 neu in die Schweiz gekommen sind (total 23 670)
Quelle: Bundesamt für Migration Grafik: Sonntag/Barbara Adank

SP-Parteiprogramm: Cavalli will neue Fassung schreiben

Ex-SP-Fraktionschef übt heftige Kritik am Papier von Hans-Jürg Fehr

«**SCHWAMMIG**» sei der Entwurf des neuen SP-Parteiprogramms, «dürftig» die darin zugrunde liegenden Analysen. Das sagt der frühere SP-Fraktionschef und Nationalrat Franco Cavalli. Erstmals kritisiert damit ein prominenter Sozialdemokrat öffentlich das programmatische Papier, das unter der Leitung von Ex-Präsident Hans-Jürg Fehr erarbeitet und Anfang April vorgestellt worden ist.

«**WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE** ist ein guter Ansatz, um den Übergang vom Kapitalismus in den Sozialismus zu konkretisieren», sagt Cavalli zum Kernpunkt des neuen Programms. Damit hat er aber auch schon fertig gelobt – und macht gleichzeitig klar, aus welcher Richtung er seine Partei angreift: von links.

Pikant dabei: SP-Kritiker Franco Cavalli sympathisiert offen mit der gestern geründeten «Alternativen Linken», einer neuen Partei, die sich zum Ziel gesetzt hat, die SP von links unter Druck zu setzen. Das ist ganz nach Cavallis Geschmack: Die SP steht für ihn heute zu rechts. «Wir verlieren Wahlen, weil zwischen dem, was im Parteiprogramm steht, und dem, was die SP-Regierungsräte in den Kantonen umsetzen, kein Zusammenhang mehr besteht», kritisiert Cavalli. «Das letzte Mal wirklich erfolgreich war die SP, als sie von der noch linken Poch bedrängt worden ist.»

Was den Tessiner Krebsarzt am Programmwurf besonders stört: die EU-Euphorie seiner Partei. «Die SP verkauft die EU immer noch als sozialdemokratisches Projekt, obwohl sie heute ein neoliberales Wirtschaftsgebilde ist.» Statt einfach den Beitritt zu fordern, müsse die SP «klare Bedingungen» formulieren, die erfüllt sein müssten, bevor ein Beitritt der Schweiz infrage komme: «Ich bin erst für einen Beitritt, wenn sich die EU zu den Vereinigten Staaten von Europa entwickelt – mit einem Senat, in dem die Schweiz das gleiche Stimmengewicht hat wie die grossen Länder», so Cavalli. Weiter kritisiert er, dass die SP plötzlich für die Armee einsteht: «Immer mehr Leute erkennen, dass die Armee nichts nützt, und ausgerechnet jetzt schwenkt die SP in die andere Richtung.»

CAVALLIS FAZIT: «Das Programm muss neu geschrieben werden.» Kommenden Samstag will er mit 40 Mitstreitern die Tessiner Genossen an der Delegiertenversammlung der SP Tessin von der Fundamentalkritik am neuen Programm überzeugen. «Kommen wir durch, werden wir national aktiv und werden einen neuen Entwurf ausarbeiten.» In der neuen Version soll auch die Verstaatlichung von Banken und Pharmakonzernen thematisiert werden: «Diese Diskussion muss die SP führen», findet Cavalli. CHRISTOF MOSER

Himmel, hilf! Bischöfe schreiben sich Frust von der Seele

In Predigten und Briefen beklagen sich führende Gottesmänner über den Zustand der Kirche

VON KATIA MURMANN

Martin Werlen, Abt des Klosters Einsiedeln, sieht schwarz für die Zukunft der Katholiken: «Wenn das so weitergeht mit der Kirche, können wir den Laden bald einmal schliessen.» So lauteten die ersten Worte von Werlens Pfingstpredigt vom vergangenen Sonntag. Weiter klagte der Abt von der Kanzel: «Menschen, denen die Kirche wichtig war, verlassen enttäuscht die Glaubensgemeinschaft.» Er fragt: «Was müssen wir da machen?»

Doch nicht nur den Abt von Einsiedeln plagen die Sorgen um seine Kirche, der die Gläubigen derzeit wegen der Missbrauchsfälle in Scharen davonlaufen. Auch Werlens Kollegen in der Schweizer Bischofskonferenz reden und schreiben sich den Frust von der Seele: «Wir durchleben als Kirche gerade eine schwierige und belastende Zeit», befindet Markus Büchel, der Bischof von St. Gallen, in einem Brief an seine Mitarbeiter.

Kurt Koch, der Bischof von Basel, schreibt an die Gläubigen in seinem Bistum: «Grosse Sorgen macht mir die Situation unserer Kirche. Wir erleben eine Krise, die sich auch darin äussert, dass sich zahlreiche Menschen von der Kirche und vielleicht sogar vom Glauben

verabschieden.» Und selbst Vitus Huonder, der sonst eher schweigsame Bischof von Chur, diagnostiziert in einer Ansprache an angehende Priester: «Meine Lieben, unser Glaube ist wirklich oft ein schwacher Glaube; ein Glaube, der wankt, sobald Prüfungen eintreten.»

DER VERTRAUENSVERLUST der Kirche und die Austrittswelle werden auch die Versammlung der Schweizer Bischofskonferenz (SBK) beschäftigen, die von morgen Montag an in Einsiedeln tagt. «Der Zustand der Kirche und die Situation, die jetzt eingetreten ist, sind sicher ein Thema», bestätigt Walter Müller von der SBK dem «Sonntag».

Im Auftrag der Bischofskonferenz hat die Römisch-katholische Zentralkonferenz sogar eigens eine Umfrage bei den einzelnen Gemeinden gestartet, um zu sehen, wie schlimm der Mitgliederschwund tatsächlich ist. In einzelnen Gemeinden hat sich die Zahl der Austritte in den ersten Monaten dieses Jahres im Vergleich zu 2009 verachtfacht (der «Sonntag» berichtete).

Die Kirchenverantwortlichen in den Kantonen sind den Bischöfen allerdings schon einen Schritt voraus. In Chur etwa setzt die Gemeinde neu auf den so

genannten «partiellen» Kirchenaustritt – bei dem der Austrittswillige zwar aus der Staatskirche, also seiner Heimatgemeinde, austritt, nicht aber aus der römisch-katholischen Kirche im Ganzen. Dafür wird Kontakt mit den unzufriedenen Gläubigen aufgenommen, ihnen werden die Aufgaben der Staatskirche erklärt. Schliesslich werden sie gefragt, ob sie wirklich vollständig aus der Kirche austreten wollen.

«**DAS VON UNS** gewählte Prozedere soll das duale System Staatskirche und römisch-katholische Kirche deutlich machen», sagt Martin Suenderhauf, Präsident der Kirchgemeinde Chur. Er hofft, dass sich damit verhindern lässt, dass der Laden Kirche, um mit den Worten von Abt Martin Werlen zu sprechen, geschlossen werden muss.

Doch der Einsiedler Abt wäre kein Gottesmann, sähe er nicht auch im grössten Dunkel noch etwas Licht. Er schloss seine Pfingstpredigt mit den Worten: «Selbst wenn wir den Laden schliessen, Gottes Geist erreicht uns auch durch verschlossene Türen.» Damit hat wohl erstmals ein Vertreter der Schweizer Bischofskonferenz die Kirche für überflüssig erklärt.

BUNDESPLATZ



Am Donnerstag und Freitag brüteten **Ueli Maurer's** Kommunikationsfachleute noch im Hotel Appenberg «Unique» bei Zäziwil über den Ist-Zustand ihrer Arbeit. Schon am Tag danach liess Maurer im «Alpha» des «Tages-Anzeigers» seinen **neuen Kommunikationschef** per Inserat suchen. Nicht nur belastbar soll er sein, sondern «idealerweise» Offizier.

SP-Nationalrat und Gewerkschafter **André Daguet**, der vor zwei Wochen einen Herzstillstand erlitt, ist dem Tod nur knapp entronnen. 15 Minuten vor seinem Zusammenbruch war er allein zu Hause. Sein Herz blieb glücklicherweise erst nach seiner Ankunft im Bundeshaus stehen, wo die am Eingang stationierten Sicherheitsbeamten sofort erste Hilfe leisten konnten. Der frühere SP-Generalsekretär ist inzwischen wieder zu Hause. An der Sommersession werde er auf Anraten der Ärzte nicht teilnehmen.

ECHO AUF «SONNTAG»-NEWS

«Ich bin der Meinung, dass man **Internet-Angebote und Applikationen, die eine Gefährdung der Persönlichkeitsrechte zur Folge haben können, einem Genehmigungsverfahren unterziehen muss**», sagte **Hanspeter Thür, eidgenössischer Datenschutz, in einem Interview mit der Zeitung «Sonntag».**

Die australische Zeitung «The Sydney Morning Herald»

«Ja, das stimmt. Wir produzieren ein neues Milchgetränk», bestätigt **Bina-Chef Mark Aegler einen Bericht der Zeitung «Sonntag».** Die «Thurgauer Zeitung»